

P R O F I L

Mitgliedsblatt der CDU Halle - Nr. 61 – 29. Dezember 2008

Termine

Nächster Kreisparteitag

7. März 2009: Verabschiedung Kommunalwahlprogramm, Listenaufstellungen für die Stadtratswahl am 7. Juni 2009.
14. Februar 2009: CDU-Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landeslisten für den Deutschen Bundestag und das Europäische Parlament.

Ehrung für Roland Hildebrandt

Mit dem traditionellen Sonderpreis der Oberbürgermeisterin bei der Ehrung für ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger von Halle wurde in diesem Jahr Roland Hildebrandt aus dem OV Ost ausgezeichnet. Der 25 Jahre alte Student für Wirtschaftsrecht hatte eine 186 Kilometer lange „Werbewanderung“ für die Saalestadt von Göttingen über Sangerhausen nach Halle unternommen. Dabei hatte er allen, die er auf seiner Reise getroffen hatte, von Halle und seinen Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten berichtet. Die Resonanz, so Hildebrandt, sei bemerkenswert gewesen. „Mit einer guten Idee und persönlichem Einsatz kann man allerhand bewirken“, so Frau Szabados.

Impressum

PROFIL – Mitgliedsblatt der
CDU Halle
Hrsg. CDU-Kreisverband Halle
Ulestraße 8 • 06114 Halle
Tel. 3889540/ Fax 3889541
CDUProfil@aol.com
Redaktion: Marco Tullner

Bundesparteitag in Stuttgart

CDU-Infomail

Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, hat nach drei Jahren eine positive Regierungsbilanz gezogen. Die Zahl der Arbeitslosen liege nach langer Zeit wieder unter drei Millionen, rief Merkel am Montag in den Applaus der 1001 Parteitags-Delegierten. Damit seien mehr als zwei Millionen Menschen weniger arbeitslos als unter Rot-Grün, fügte sie hinzu. Zudem gebe es heute mehr Erwerbstätige in Deutschland als je zuvor. Die Regierung habe den Aufschwung der letzten Jahre genutzt, „um einem ausgeglichenen Haushalt sehr nahe zu kommen. Das sei „Politik für die Zukunft, die nur mit der Union möglich geworden ist“. Deutschland sei in den letzten Jahren nicht nur stärker, sondern auch gerechter geworden, unterstrich die Parteivorsitzende. „Zwei Millionen Menschen mehr in Arbeit. Darauf können wir stolz sein. Wir alle gemeinsam: Arbeitnehmer, Unternehmer und die Politik“. Ungeachtet dieser erfreulichen Entwicklung gebe es jedoch seit wenigen Monaten eine dramatische Krise der internationalen Finanzmärkte, gefolgt von einer weltweiten Wirtschaftskrise. Als Exportweltmeister habe Deutschland ein „überragendes Interesse daran, dass die Weltwirtschaft wieder in Ordnung“ komme.

Die Politik sehe sich derzeit vor Herausforderungen gestellt, die so noch nicht da waren, bekräftigte Merkel. Niemand könne heutzutage auf Grund der weltwirtschaftlichen Vernetzung auf wirklich vergleichbare Erfahrungswerte zurückgreifen. In diesem Zusammenhang warnte die Bundeskanzlerin vor dem Rat „selbsternannter Experten“ und plädierte für die Beachtung des Prinzips der „praktischen Vernunft“. Da 2009 ein Jahr schlechter Nachrichten werde, baue die Regierung mit ihren Maßnahmen eine Brücke für Investitionen und Beschäftigung, eine Brücke für Bürger und Unternehmen, damit es 2010 wieder aufwärts gehe. „Mit schnellen, mit zielgerichteten und am besten mit zeitlich befristeten Maßnahmen“.

Entscheidend sei dabei, dass das nationale Paket zur Situation in Deutschland passe. Es müsse „unsere Stärken ausbauen und unsere Schwächen abbauen“, mahnte die Kanzlerin. Die Regierung leite vier Grundsätze: Bei der Rettung der Finanzinstitutionen habe der Staat mit aller Kraft eingegriffen, weil es um das Gemeinwohl gegangen sei. Um der Wirtschaft Brücken zu bauen, leiste die Regierung „Hilfe zur Selbsthilfe“. Daneben helfe der Staat den Menschen, ihre Arbeitsplätze durch Weiterbildung und Kurzarbeit zu erhalten. Schließlich verliere die Regierung die Zukunft nicht aus dem Blick. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts werde später erreicht, aber es bleibe auch das Ziel für die nächste Legislaturperiode, versicherte Merkel. Zudem bleibe der Stabilitäts- und Wachstumspakt „Maßstab“ ihres Regierungshandelns. Neben vorgezogenen Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz sprach sich die CDU-Vorsitzende für den Ausbau des Breitband-Internets als den „Autobahnen des 21. Jahrhunderts“ aus. Das sei eine Aufgabe, die Europa wieder an die Spitze führe. Außerdem müsse alles dafür getan werden, um die Versorgung der Unternehmen mit Krediten sicherzustellen. Insgesamt setze Deutschland in den nächsten beiden Jahren Investitionen und Maßnahmen in Höhe von 32 Milliarden Euro oder 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ein. Zugleich kündigte die Kanzlerin an, dass die Regierung die Lage immer wieder neu analysieren werde. An einem Überbietungswettbewerb um Milliarden werde sie sich jedoch nicht beteiligen. Die Deutschen könnten sich auf ihre Regierung verlassen.

Landesparteitag in Stendal

Turnusmäßige Wahlen prägten den diesjährigen Landesparteitag der CDU in Stendal. Obwohl angesichts der Kandidatenlage wenig Überraschendes zu erwarten war, für den geschäftsführenden Landesvorstand lag nur jeweils eine Bereitschaftserklärung vor, blickten viele Delegierte und Beobachter mit Spannung auf die einzelnen Wahlergebnisse. Mit knapp 75% der Stimmen blieb das Ergebnis von Thomas Webel hinter den Erwartungen zurück. Sehr zufrieden konnte hingegen Reiner Haseloff mit ca. 92% Zustimmung bei der Wahl des Stellvertreters sein.

Mit ihm wurden Thomas Leimbach und Uda Heller als Stellvertreter sowie Karl Gerhold als Schatzmeister in ihren Ämtern bestätigt.

Bei den Beisitzerwahlen waren die Vertreter der großen Kreisverbände erwartungsgemäß im Vorteil. Halle bleibt auch in den kommenden zwei Jahren mit Bernhard Bönisch vertreten. Ohne gewählten Repräsentanten bleiben die Kreisverbände Burgenlandkreis und Dessau. Mit der Stendaler Erklärung verabschiedete der Parteitag ein klares Bekenntnis zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere zum Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen. Für Halle hierbei von besonderer Bedeutung war die Forderung nach einem zügigen Neubau der A 143 von Halle-Neustadt nach Halle-Trotha.

Auch das gemeinsame Papier von Mittelstandsvereinigung (MIT) und der Arbeitnehmervertretung erregte Aufmerksamkeit. Es soll in den nächsten Wochen in den Ortsverbänden und Gremien der Landespartei intensiv diskutiert werden. Der CDU-Kreisverband Halle wird sich in seinen Gremien mit den Thesen intensiv befassen. Mehr unter www.cdu-halle.de.

Halle braucht ehrenamtliche Sicherheitspartner

von Roland Hildebrandt (OV Ost)

Gegenwärtig besteht in Halle die City-Wache. Sie wird gebildet zu 2-Personen-Teams – bestehend jeweils aus einem Polizisten und einem freiwilligen Hilfspolizisten – um Ansprechpartner zu sein und durch Streifengehen in der Innenstadt das Sicherheits- und Präsenzgefühl der Bürger zu stärken.

Dieses Modell stößt bei den heutigen Problementwicklungen an seine Grenzen. Deshalb ist es wichtig, dass in Halle die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der City-Wache zu ehrenamtlichen Sicherheitspartnern angedacht wird. Ziel dieser ehrenamtlichen Sicherheitspartner soll die Unterstützung von Polizei und Ordnungsamt sein. Ehrenamtliche Sicherheitspartner können angesichts der knappen Haushaltsmittel die staatlichen und kommunalen Sicherheitskräfte in ihrer Arbeit unterstützen. Durch Patrouillieren in unseren Straßen wird ein Teil der potenziellen Straftäter abgeschreckt und im Falle der Tat die Chance erhöht, die Täter durch verwertbare Zeugenaussagen überführen zu können. Durch eine größere Präsenz in den Straßen wird die Sicherheit gestärkt. Sie sollen dabei helfen insbesondere Gewalt, Einschüchterungen, Vandalismus, Einbrüche und Diebstähle, illegale Graffiti, öffentliche Alkoholexzesse und aggressives Betteln einzudämmen. Die Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls ist in Halle zu einem wichtigen Maßstab der Lebensqualität geworden. Gerade ältere Mitbürger haben zunehmend immer weniger Vertrauen zu später Stunde sich in unserer Stadt zu bewegen. Dass die Auswahl der ehrenamtlichen Sicherheitspartner nach Kriterien erfolgen muss, die im Einklang persönlicher und öffentlicher Geeignetheit stehen, darf zu Recht erwartet werden. Dies sollte auch zum Modell der Bürgerwehr deutlich werden, da beim Modell der ehrenamtlichen Sicherheitspartner die Gefahr eines „schwarzen Sheriff“ ausgeschlossen ist.

Darüber hinaus bietet die Aufstellung von ehrenamtlichen Sicherheitspartnern den eigenen Bürgern die unschätzbare Chance aktiv die Vertretung von Recht und Gesetz in unserer Stadt helfend durchzusetzen. Nicht nur der Staat schützt somit den Bürger, sondern Bürger schützen Bürger. Dies fördert die Identifikation und Integration mit unserer Stadt und hat somit eine enorme positive Wirkung für uns alle.

Junge Union bei Aktion „Jugend gegen Gewalt – Für Zivilcourage!“

Die politischen Jugendorganisationen *Junge Union Halle*, *Jusos Halle*, *Junge Liberale Halle-Saalkreis* und *Grüne Jugend* riefen zu einem Aktionstag gegen Gewalt und Intoleranz in Halle auf. „Gewalt ist kein neues Phänomen – auch nicht in Halle. Damit verbundene Taten – wie Schlägereien, Sachbeschädigungen oder gar die Gefährdung von Leben – rücken aber immer mehr in den Mittelpunkt der Gesellschaft. Sie sind damit schon längst keine Randprobleme mehr“, so die Nachwuchspolitiker.

Den Auftakt für das Bündnis bildete ein gemeinsamer Aktionsstand vor der halleschen Ulrichskirche. Am Abend schloss sich im Thalia Theater Halle in der unter Beteiligung von Innenminister Holger Hövelmann, Marco Tullner und Peter Gaudig (Streetworker Stadt Halle) eine Podiumsdiskussion zum Thema „Gewalt in unserer Gesellschaft“ an.

Die PROFIL-Redaktion

**wünscht Ihnen und Ihren Familien ein
gesundes und erfolgreiches Jahr 2009.**